

INTERNATIONALES JUNGLANDWIRTEFORUM

ERKLÄRUNG DER JUNGLANDWIRTINNEN UND JUNGLANDWIRTE IM RAHMEN DES GLOBAL FORUM FOR FOOD AND AGRICULTURE (GFFA) 2025

EINFÜHRUNG

Ernährungssysteme weltweit stehen aufgrund des vom Menschen verursachten Klimawandels und zunehmender Konflikte vor enormen und zunehmenden Herausforderungen. Diejenigen, die am wenigsten Verantwortung für die Verursachung der Klimakatastrophe verantwortlich tragen, sind am meisten von den zerstörerischen Auswirkungen auf ihre Lebensgrundlagen betroffen, d. h. Frauen und andere aufgrund ihres Geschlechts marginalisierte Gruppen, junge Menschen, indigene Völker, Landwirtinnen und Landwirte sowie Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, insbesondere im globalen Süden. Die Probleme, mit denen diese Gruppen konfrontiert sind, anzugehen und sich dabei auf ihre Lösung zu konzentrieren, muss für den Aufbau souveräner und nachhaltiger Ernährungssysteme im Rahmen der Klimagerechtigkeit von zentraler Bedeutung sein.

1. Betrachtung der vorgeschlagenen Umstellung auf Bioökonomie

Die vorgeschlagene Umstellung auf Bioökonomie geht mit dem Versprechen einher, die Weltwirtschaft von fossilen Brennstoffen unabhängig zu machen, indem Lebensmittel- und Agrarabfälle als Biomasse für die Energieerzeugung genutzt werden. Sie verspricht Potenzial für die Abfallreduzierung und für einen neuen Markt, der es den Erzeugerinnen und Erzeugern ermöglichen könnte, ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft nachhaltig zu sichern. Wenn dieser Wandel auf gerechte Weise erfolgt, könnte der Aufbau einer nachhaltigen Bioökonomie das Potenzial haben, die Verschwendung von Nahrungsmitteln zu reduzieren und sozioökonomische Chancen zu eröffnen.

Wir fragen uns jedoch, ob diese vorgeschlagene Umstellung das extraktiven Wirtschaftssystemen zugrundeliegende Problem wirklich bekämpfen wird. Wir sind besorgt darüber, dass die Bioökonomie eine von den Volkswirtschaften der Industrieländer vorgeschlagene technologische Lösung darstellt, welche die wirklichen Probleme der eklatanten globalen Ungleichheiten und der von Gewalt geprägten ungleichen Machtverhältnisse nicht angeht. Es bleiben offene Fragen hinsichtlich der Rechte von KleinbäuerInnen unter diesen Rahmenbedingungen und ihrer Souveränität in Anbetracht der Macht multinationaler Konzerne. In Zeiten des Klimakollapses und in unserem Streben nach Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität für KleinbäuerInnen und LandwirtInnen müssen wir die Auswirkungen der Bioökonomie auf den souveränen Zugang zu und die Kontrolle über Land, Saatgut, Märkte und Technologien eingehend prüfen.

Wir sind besorgt, dass die Bioökonomie in der Form, wie sie vor allem von Industrieländern vorgeschlagen wird, untrennbar mit der von großen Unternehmen kontrollierten Nano- und Biotechnologie verbunden ist und dadurch zu einer verstärkten künstlichen Umgestaltung der Natur sowie einer Unternehmenskontrolle über die Natur beitragen würde, die wir entschieden ablehnen. Wir fragen uns, ob die Bioökonomie, wenn sie im Rahmen des derzeit vorherrschenden

Wirtschaftssystem vorgeschlagen wird, jemals mit den Rechten der KleinbäuerInnen vereinbar sein kann. Ferner müssen wir uns die Frage stellen, ob der aktuelle Ressourcenbedarf der Weltwirtschaft wirklich so weiterbestehen kann. Uns beunruhigt die Vorstellung, dass Nahrungsmittel tatsächlich die fossilen Energieträger als Treibstoff für eine unvermindert wachsende Weltwirtschaft ersetzen sollen. Wir fordern, dass die Regierungen einen umfassenden politischen Kurswechsel hin zu einem Strukturwandel in der Weltwirtschaft ermöglichen, um die Netto-Emissionen zu reduzieren und die Biodiversität zu erhalten. In Anbetracht der eskalierenden Hungerkrisen auf der ganzen Welt unterstreichen wir als JunglandwirtInnen, dass die Landwirtschaft hauptsächlich das Ziel verfolgen sollte, Nahrungsmittel anzubauen und unsere Gemeinschaften nachhaltig zu entwickeln.

2. Teilhabe der JunglandwirtInnen und Reformen des Zugangs zu Land

Wir sind dankbar, dass wir hier stellvertretend für ein breites Spektrum von Stimmen der jungen Menschen sprechen dürfen, und fordern eine ernsthafte Einbindung der Perspektive junger Menschen in alle agrarpolitischen Prozesse. Bei der Priorisierung jugendspezifischer Fragen gilt es, die Vielfalt bei jungen Menschen zu berücksichtigen¹, wobei besonderes Augenmerk auf die indigene Jugend und historisch benachteiligte Gemeinschaften gerichtet werden sollte. Die Regierungen sollten die Schaffung lokaler Bottom-up-Mechanismen unterstützen, um globale Politiken auszuarbeiten und die Eignung und die Kriterien der Bioökonomie zu bewerten. Die Zusammenarbeit mit lokalen, von jungen Menschen geleiteten Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen kann einen Beitrag dazu leisten, politische EntscheidungsträgerInnen auszubilden und die Interessen der Gemeinschaften in den Mittelpunkt zu rücken. LandwirtInnen und KleinbäuerInnen sind am besten vertraut mit ihren Agrarflächen, Gemeinschaften und Märkten und müssen im Mittelpunkt solcher Bewertungen stehen.

Aufgrund der durch Bodenspekulation und Machtkonsolidierung gestiegenen Bodenpreise brauchen junge Menschen Unterstützung von Regierungsseite, um an unserem Ernährungssystem teilzuhaben, ihre Fähigkeiten auszubauen und den Generationswechsel erfolgreich zu meistern. Wir benötigen einen gerechten Zugang zu Land und politische Konzepte, die den Schwerpunkt auf die Rechte der historisch marginalisierten Gruppen legen, die einen wesentlichen Beitrag zur ländlichen und nationalen Wirtschaft leisten und die biologische Vielfalt schützen: landlose LandwirtInnen, verarmte LandarbeiterInnen, Frauen, junge Menschen und indigene Völker. Die Aneignung von Landflächen durch Großunternehmen ist weit verbreitet, und wir fragen uns, ob dem im Rahmen der vorgeschlagenen Bioökonomie ein Ende gesetzt werden kann. Eine umfassende und inklusive Agrarreform, die KleinbäuerInnen und LandwirtInnen vor Landraub durch Unternehmen schützt, und Zugang zu Land sind grundlegende Rechte, die für die Umverteilung der Macht an uns ErzeugerInnen und die Gewährleistung einer gerechten Zukunft für die Landwirtschaft unverzichtbar sind.

¹Vielfalt im Hinblick auf Geschlecht, sozioökonomischen Status, ethnische Herkunft, Gesellschaftsschicht, Bildungsniveau, Staatsbürgerschaft und Behinderungen.

Im Jahr 2026 muss eine neue internationale Konferenz für Agrarreformen und ländliche Entwicklung (ICARRD +20) stattfinden, um die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Nutzungsrechten an Land, Fischgründen und Wäldern (VGGT) und die Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UNDRIP) umzusetzen. Die Landnutzungspolitik muss in Klima-, Wasser- und Biodiversitätspolitiken eingebunden werden und sowohl regionalen Besonderheiten Rechnung tragen als auch weltweit kompatibel sein. Die Beteiligung junger Menschen, eine prosperierende Demokratie und eine nachhaltige Entwicklung der Ernährungssysteme sind von entscheidender Bedeutung für die Schaffung von Frieden. Konflikte und Kriege behindern massiv den Zugang zu Land, zerstören Gemeinschaften und Infrastruktur und verschärfen Hunger und Ungleichheit. Ziel aller Anstrengungen muss es sein, den Frieden wiederherzustellen und demokratische Systeme zu schaffen, die die Rechte von NahrungsmittelproduzentInnen und -verbraucherInnen in den Vordergrund stellen.

3. Ernährungssouveränität

Als JunglandwirtInnen fordern wir, dass Anstrengungen für mehr Ernährungssouveränität unternommen werden und die Macht bei uns ErzeugerInnen liegt. Wir lehnen es ab, die Souveränität über unser Land und unsere Bewirtschaftungsverfahren an multinationale Lebensmitteleinzelhandelsketten und Freihandelsabkommen abzugeben. Wir alle haben ein Anrecht auf gesunde und kulturell angemessene Nahrungsmittel, die mittels ökologisch verträglicher und nachhaltiger Verfahren produziert werden. Dieses Recht kann nur allen zugute kommen, wenn die Nationalstaaten das Recht der Völker anerkennen, ihre eigenen Ernährungs- und Agrarsysteme demokratisch festzulegen und zu kontrollieren. Ernährungssouveränität beinhaltet die Verteidigung der Interessen und die Einbeziehung der nächsten Generation. Dazu gehört auch der Schutz der Biodiversität und der Gesundheit und Bewohnbarkeit ländlicher Räume. Um unsere neue Generation in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft zu verdienen, müssen die Regierungen in ländliche Gebiete und deren Infrastruktur investieren. Wir fordern politische Konzepte, die unsere lokalen Märkte vor dem Welthandel der extraktiven Rohstoffindustrie schützen, und verlangen ein System der Marktgestaltung auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Solidarität und einer Ethik der verantwortungsbewusster Produktion. Die Regierungen müssen stärkere politische Anstrengungen unternehmen, um lokale und regionale Lebensmittelketten zu unterstützen.

Während der COVID-19-Pandemie haben sich lokale Ernährungssysteme als resilienter erwiesen und können angesichts der vielfältigen Krisen um uns herum die geeignete Lösung für unsere Gemeinschaften darstellen. LandwirtInnen und KleinbäuerInnen brauchen Paritätspreise für ihre Arbeit, um in ihrem Beruf und in ihrem Leben erfolgreich sein zu können. Darüber hinaus benötigen sie eine Besteuerung, die dafür sorgt, dass die Gewinne in ihren Gemeinden bleiben, sowie Politikmaßnahmen, die Importe minimieren und der lokalen Nahrungsmittelerzeugung den Vorrang geben. Faire Handelsrahmen sind nur möglich, wenn die KleinerzeugerInnen wettbewerbsfähig sind und nicht von Großunternehmen verdrängt werden. Um dies zu realisieren, fordern wir, dass unsere

Menschenrechte gemäß der oben erwähnten UNDROP-Erklärung und der Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten von indigenen Völkern (UNDRIP) umgesetzt werden. Diese von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Erklärungen gewähren uns die souveräne Kontrolle über unser Saatgut, unser Land und das kulturelle Umfeld unserer Landwirtschaft. Um in unseren Gemeinschaften Erfolg zu haben und mit dem Land zu arbeiten, fordern wir ferner auf das Umfeld abgestimmte und bedürfnisspezifische soziale Sicherungssysteme, um allen NahrungsmittelerzeugerInnen und LandarbeiterInnen Zugang zu hochwertiger Bildung, Gesundheit, sanitären Anlagen und Hygiene, angemessenem Wohnraum sowie sicheren und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen zu garantieren.

4. Agrarökologie als Grundlage für Nachhaltigkeit

Bioökonomie nachhaltig zu gestalten ist nur möglich, wenn die Erde respektvoll behandelt und unsere Nahrungsmittel im Einklang mit ökologischen Prozessen angebaut werden. Wir fordern, dass alle Akteure in die Bewertungen bezüglich der Bioökonomie eingebunden werden, inklusive der Natur als eigener Stakeholder mit eigenen Rechten. Das Konzept der Agrarökologie gewährleistet dies und stellt eine konkrete Lösung zur Bewältigung der Klimakrise und zur Abkehr von auf der Förderung von fossilen Brennstoffen basierenden industriellen Nahrungsmittelsystemen dar. Es bietet einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem ökologische und regenerative Prinzipien in landwirtschaftliche Praktiken integriert und dabei Biodiversität, Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit gefördert werden. Dieses Modell unterstützt diversifizierte Anbausysteme und schützt die Bodengesundheit, die für eine nachhaltige Landwirtschaft von essenzieller Bedeutung ist. Wir fragen uns, ob das in der Bioökonomie vorherrschende, auf Monokulturen zur Gewinnung von Biomasse setzende Modell nicht starke negative Umweltauswirkungen, vor allem auf die biologische Vielfalt, haben würde, da dies in alarmierendem Ausmaß bereits jetzt der Fall ist. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Agrarökologie ist die soziale Gerechtigkeit, welche gewährleistet, dass die Wirtschaft vor Ort unterstützt wird und dabei auch der gleichberechtigte Zugang zu Ressourcen gefördert, die Einstiegshürden in die Landwirtschaft für junge Menschen gesenkt und ländliche Gemeinschaften gestärkt werden.

Wir fordern, dass die Gesundheits- und Umweltrisiken der mit der vorgeschlagenen Bioökonomie verbundenen NBIC-Technologien (Nanotechnologie, Biotechnologie, Informationstechnologie und Kognitionswissenschaft) einer kritischen Bewertung unterzogen und dabei auch KleinbäuerInnen und andere Nahrungsmittelproduzenten aktiv mit einbezogen werden. Wir sind der Auffassung, dass in einer nachhaltigen und kreislauforientierten Bioökonomie die gesamte Produktionskette berücksichtigt werden muss. Im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung müssen Maßnahmen zur Verbrauchersensibilisierung durchgeführt und politische Konzepte zur Unterstützung agrarökologischer Lebensmittelketten entwickelt werden, da bei diesen weniger Lebensmittelabfälle anfallen als in industriellen Lebensmittelketten. Darüber hinaus ist auch die Frage der gerechten Nahrungsmittelverteilung von zentraler Bedeutung. Diese Kreislaufwirtschaft ist essenziell für die Erreichung eines nachhaltigen Ernährungssystems.

5. Souveräne Kontrolle über Technologien

Innovationen und Technologien waren in der Landwirtschaft schon immer von großer Bedeutung. Wir sehen großes Potenzial in der Nutzung von Technologien und offenen Daten, um Kompetenzen und Informationen mit anderen Nahrungsmittelproduzenten teilen und in Anbetracht der Klimakrise unsere Praktiken so effektiv wie möglich anpassen zu können. Darüber hinaus sehen wir Potenzial in den neuen Technologien, um die ökologischen Auswirkungen der Nahrungsmittelproduktion zu verringern, den Wissensaustausch von KleinbäuerInnen untereinander und Innovationen, die den Gemeinschaften zugute kommen zu fördern und Abfallprodukte mit Blick auf den Übergang zu einer kreislauforientierten Bioökonomie zu verwerten. Technologien sollten traditionelle und indigene Praktiken ergänzen und nicht ersetzen. Sie sollten immer unter Einbeziehung der örtlichen Gemeinschaften entwickelt werden um zu gewährleisten, dass sie deren Bedürfnissen auch gerecht werden.

Wir sind der Ansicht, dass die Zugänglichkeit von Technologien jeglicher Art von zentraler Bedeutung für ein gerechtes Nahrungsmittelsystem und eine gerechte Bioökonomie ist. Vor allem die vorgenannten Gruppen – Frauen, junge Menschen, KleinbäuerInnen und indigene Bevölkerungsgruppen – müssen gleichberechtigten Zugang zu Technologien haben. Genossenschaften und andere lokale partnerschaftliche Strukturen können solche Zugangsmöglichkeiten bieten und müssen von der Regierungspolitik unterstützt werden. Überdies kann die Zusammenarbeit mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen ein Weg zum Abbau von Hindernissen sein.

Unsere Fragen in Bezug auf die neuen Technologien sind politischer Art und drehen sich um Eigentum und Souveränität. KleinbäuerInnen und LandwirtInnen müssen die volle Kontrolle über alle Arten von Technologien haben, was auch das Recht, Reparaturen durchzuführen, mit einschließt. Wir fordern, dass deren Einsatz keine Abhängigkeiten schaffen darf, die sich negativ auf die Möglichkeit der ErzeugerInnen auswirken, souveräne Entscheidungen bezüglich ihrer Produktion, ihres Lands, ihrer Kultur und ihres Lebens zu treffen, und dass Regierungen politische Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass Großunternehmen weiter Profite zu Lasten der Rechte und Existenzgrundlagen von KleinbäuerInnen und LandwirtInnen machen. KleinbäuerInnen und LandwirtInnen müssen das Recht haben, für sich selbst zu entscheiden, ob sie in ihren Anbausystemen neue Technologien einsetzen möchten und dürfen nicht von Unternehmensakteuren zu deren Einsatz gedrängt werden.

SCHLUSSFOLGERUNG

Globale Ernährungssysteme können zur Quelle des Lebens werden, anstatt zu Konflikten und Konzernkontrolle zu führen. Die Rahmenbedingungen der Bioökonomie können nur dann gerecht und nachhaltig sein, wenn sie die Fragen der eklatanten globalen Ungleichheiten und der von Gewalt geprägten Machtverhältnisse angehen. Wir müssen an einer Gesellschaft und an einem Regierungshandeln arbeiten, welche die Grundsätze Gerechtigkeit, ökologischen Nachhaltigkeit und Ernährungssouveränität über die Interessen von Großunternehmen stellen. Wir fordern politische Konzepte, die die für LandwirtInnen notwendigen Bedingungen schaffen, um Agrarökologie zu praktizieren und unsere Land-, Saatgut-, Markt- und Technologierechte sichern. Wir



fordern, dass die Kontrolle über die Ernährungssysteme an diejenigen zurückgegeben wird, die die Nahrungsmittel anbauen. Wir benötigen politische Konzepte, die gewährleisten, dass LandwirtInnen und ländliche Gemeinschaften die wahren Hüter ihres Lands und ihrer Zukunft werden. Gemeinsam können wir ein System schaffen, das alle ernährt, die biologische Vielfalt unterstützt, auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit basiert und LandwirtInnen faire und nachhaltige Lebensgrundlagen sichert. Ohne das Recht auf Nahrung gibt es keine Bioökonomie.



Die Junglandwirtinnen und Junglandwirte waren in folgenden Punkten unterschiedlicher Auffassung

- *“extractive capitalism”* (dt: auf Rohstoffförderung basierender Kapitalismus) oder *“extractive systems”* (dt: extraktive Wirtschaftssysteme)
- *“current dominant neoliberal economic system”* (dt: derzeit vorherrschendes neoliberales Wirtschaftssystem) oder *“current dominant economic system”* (dt: derzeit vorherrschendes Wirtschaftssystem)
- *“multinational food retail chains and neoliberal free trade agreements”* (dt: multinationale Lebensmitteleinzelhandelsketten und neoliberale Freihandelsabkommen) oder *“multinational food retail chains and free trade agreements”* (dt: multinationale Lebensmitteleinzelhandelsketten und Freihandelsabkommen)
- *“Accordingly, we oppose the modification of living organisms and the increasing privatization of nature through ever-growing transnational corporations. These corporations are taking power and control away from us farmers and peasants and are making us dependent, hindering us from adapting to a fast-changing climate.”* (dt: Dementsprechend wenden wir uns gegen Veränderungen an lebenden Organismen und die zunehmende Privatisierung der Natur durch immer größer werdende transnationale Konzerne. Diese Konzerne entziehen uns LandwirtInnen und KleinbäuerInnen Macht und Kontrolle, machen uns abhängig und hindern uns daran, uns an den schnell voranschreitenden Klimawandel anzupassen.)
- *“We question whether the use of genetically modified organisms really reduces the dependence on chemical inputs or rather increases the reliance on them and thus exacerbates global inequality.”* (dt: Wir fragen uns, ob die Nutzung von gentechnisch veränderten Organismen tatsächlich die Abhängigkeit von Chemikalien reduziert oder diese Abhängigkeit nicht vielmehr erhöht und so die weltweite Ungleichheit verschärft.)